



Information für die Presse

Landesorganisation Bremen

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer

Tel. 0421/3 50 18-13, Fax 0421/3 50 18-37, Mobil 0177-3 50 18 13

Bremen, 22. September 2020

Vorsitzende der SPD LAND BREMEN, Sascha Karolin Aulepp: „Kein junger Mensch darf in Bremerhaven und Bremen ohne Ausbildungsangebot bleiben!“

Fördermöglichkeiten ausschöpfen, Betriebe unterstützen, Ausbildungsfonds als Instrument nutzen

Der Rückgang des Angebotes betrieblicher Berufsausbildungsplätze in Folge der Covid-19-Pandemie ist äußerst besorgniserregend. Schon vor der Pandemie war die Zahl der Ausbildungsstellen in Bremen und Bremerhaven nicht ausreichend. Aktuell gibt es zusätzlich einen Rückgang des Angebots betrieblicher Berufsausbildung um 14 %.

Die Landesvorsitzende der SPD Bremen dazu: „Das ist dramatisch! Wir dürfen nicht eine ganze Generation ihrer Ausbildungschancen berauben. Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, allen muss ein Ausbildungsplatz angeboten werden können.

Insbesondere der Einstieg in die Ausbildung und die Überbrückung für Auszubildende insolventer Betriebe müssen kurzfristig gewährleistet werden. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Senat der Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen bereits zugestimmt hat, welche in Ausbildungsverbänden in Bremen und Bremerhaven vorgesehen sind. Dazu müssen unsere öffentlichen Gesellschaften „Berufliche Bildung Bremerhaven GmbH“ sowie die „Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG)“ erhalten und gestärkt werden, um die notwendigen

Aufgaben zu übernehmen. Zudem müssen die Fördermöglichkeiten für zusätzliche Ausbildungsplätze aus dem Bremen-Fonds sowie aus Mitteln der Ausbildungsgarantie voll ausgeschöpft werden.

Darüber hinaus muss auch das Instrument der Ausbildungsumlage stärker genutzt werden. Ausbildungsfonds wie in der Bau- und Pflegebranche führen zu mehr Ausbildungsplätzen, indem sie ausbildende Unternehmen entlasten und Investitionen in Ausbildung zwischen den Unternehmen solidarisch verteilen – das ist im Interesse der jungen Menschen und der Fachkräftesicherung der Wirtschaft. Im Koalitionsvertrag ist die Einsetzung einer Kommission mit dem Ziel der Entwicklung eines Umlagemodells vereinbart worden. Diese Kommission muss ins Arbeiten kommen. Ich erwarte vom Senat zeitnah eine entsprechende Vorlage.“

+++